Katholikenkomitee positioniert sich gegen Islamfeindlichkeit

21. November 2020



Bonn (KNA) Muslime in Deutschland sind nach Beobachtung des Zentralkomitees der deutschen Katholiken (ZdK) zunehmend mit Vorbehalten konfrontiert. „Schon lange, bevor gewalttätige Angriffe auf Menschen muslimischen Glaubens verübt werden, existieren islamfeindliche Denkmuster in den Köpfen“, heißt es in einem Papier, das der ZdK-Gesprächskreis „Christen und Muslime“ am Freitag bei der Vollversammlung des Laiengremiums vorstellte. Die Verfasser rufen zum Einsatz für eine diskriminierungsfreie Gesellschaft auf.

Das Thema sei sehr brisant, sagte die muslimische Theologin Hamideh Mohagheghi. Antimuslimische Sichtweisen seien „in Deutschland gesellschaftlich breit verankert“, heißt es in dem Papier. So hielten viele Menschen den Islam pauschal für „intolerant, gewaltverstärkend, terroristisch, frauenfeindlich oder undemokratisch“. Daraus entstehe bisweilen eine „entpersonalisierende, kollektivistische Wahrnehmung von Muslim*innen“.

Christen und Muslime müssten sich gleichermaßen „für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung als verbindlichen Maßstab des Handelns“ einsetzen, heißt es. Kritik, die Missstände aufdecken könne, sei wichtig und wertvoll – im Gegensatz zu pauschalen Vorwürfen, die diffuse Angstgefühle und Feindbilder schürten. Und weiter: „Wir lehnen Kritik

an Religionen auch dann ab, wenn sie Feindbilder schürt sowie Diskriminierung und soziale Exklusion befördert.“

Die Vielfalt islamischen Glaubenslebens müsse stärker in den Fokus rücken, so der Aufruf des ZdK. Auch das gesellschaftliche Engagement zahlreicher Muslime werde zu wenig beachtet. Eine wichtige Rolle spielten die Medien und soziale Netzwerke: Oft werde „der Islam“ in der Öffentlichkeit nur mit negativ besetzen Themen in Verbindung gebracht. „Verzerrt wird das Bild schon dann, wenn muslimische Lebenswelten in ihrer Normalität fast nicht mehr sichtbar werden.“ Hass und Hetze im Internet müssten auf Widerspruch stoßen.

Auch Islamvertreter seien gefordert, heißt es weiter. Terrorismus im Namen des Islam werde zu Recht verurteilt. Die Verfasser warnen vor reflexhafter Abwehr, wenn es nach islamistischen Anschlägen etwa heiße: „Das hat nichts mit dem Islam zu tun“. Es gelte, auch bei Reizthemen „stets gewissenhaft und sachlich zu antworten“. Ebenso müssten muslimische Gemeinden und Organisationen die Judenfeindschaft bekämpfen, die es auch unter Muslimen gebe, die schon lange in Deutschland lebten. Die Debatte darüber dürfe indes nicht davon ablenken, dass der Antisemitismus insgesamt besorgniserregend zunehme.

Der zuletzt diskutierte Begriff des „politischen Islam“ erscheine ihm unterdessen „nicht zielführend“ und „zu flau“, sagte ZdK-Präsident Thomas Sternberg. Wenn Religion politisch werde, sei dies nicht mit Mord und Terror gleichzusetzen, sondern bedeute, dass Religionsvertreter und Gläubige sich in die Gesellschaft einbrächten. „Es ist nicht falsch, wenn eine Religion das tut“, betonte der ZdK-Präsident. Dies gelte nicht nur für die Kirchen, sondern auch für Muslime. Auch die Unterscheidung zwischen „Islam“ und „Islamismus“ sei „bei manchen nicht richtig angekommen“, ergänzte Mohagheghi.

© KNA

Beitragsbild: Chickenonline via Pixabay

Stand: 27. November 2026